

Muslime in Asien

Politik und Islam am Beispiel Pakistans und Indonesiens

von Klaus H. Schreiner

Eindeutig und unaufgefordert kommt auch aus den Ländern Asiens eine Verurteilung der Anschläge auf New York und Washington vom 11. September 2001. Islamische Rechtsgelehrte und Theologen argumentieren differenziert und überzeugend, dass Gewalt, die das Leben von unbeteiligten und wehrlosen Menschen zerstört, vom Koran nicht gedeckt und eine Berufung auf ihn unzulässig sei.¹ „Dschihad“, der „Kampf für die Sache Gottes“, kann militärischer Kampf im Sinne von Selbstverteidigung sein „kleiner Dschihad“; vor allem ist er aber spirituelles Bemühen, ein Leben nach Gottes Willen und in Übereinstimmung mit dem Koran zu führen.²

So eindeutig und aufrichtig die Ablehnung der Attentate in den Ländern Asiens war, so misstrauisch und vorsichtig war die Reaktion vieler Muslime auf die amerikanische Bombardierung Afghanistans. Die große Zahl ziviler Opfer, der so genannte Kollateralschaden, in diesem einseitigen „Krieg“ widerspricht der islamischen Ethik. Nur der überraschend schnelle Zusammenbruch des Taliban-Regimes bewahrte die Vereinigten Staaten vor größeren Rechtfertigungsnotwendigkeiten gegenüber ihren muslimischen

Verbündeten. Dies gilt nach wie vor, auch wenn viele Muslime, Privatpersonen ebenso wie Politiker, Erleichterung über das Ende der Taliban-Herrschaft empfinden.

Die vorsichtigen Reaktionen und die Vermeidung eines bedingungslosen Schulterchlusses nehmen Rücksicht auf die spezifischen innen- und religionspolitischen Gegebenheiten dieser Länder. Der Hindukusch, genauer: das Tal des Indus, gilt als die Grenze, die den Islam im arabisch-mittelöstlichen Raum von seinen Ausprägungen in Asien trennt. Gleichzeitig ist das Indus-Tal ein Schmelztiegel unterschiedlicher kultureller und religiöser Traditionen, die den Islam in Pakistan kennzeichnen. Es ist das Land mit der zweitgrößten muslimischen Bevölkerung der Erde (ca. 112 Millionen Menschen, 97% Bevölkerungsanteil). In Bangladesch beträgt der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung ca. 87%, in Indonesien sind es 80 bis 85%, in Indien 12%.³

Zusammen werden diese vier Länder von mehr Muslimen bewohnt als die Region zwischen Marokko und Iran. Allein in China umfasst die muslimische Minderheit ca. 20 Millionen – mehr als in Saudi-Arabien oder Marokko. Dennoch wird die westliche Perzeption des Islam fast ausschließlich von den Bildern und (Vor-)Urteilen über islamische Lebensweise und Theologie im Nahen und Mittleren Osten geprägt. Dieses Bild ist unvoll-

Dr. Klaus H. Schreiner,
Leiter des europäischen Verbindungsbüros
des International NGO Forum on
Indonesian Development (INFID), Brüssel.

ständig und wirkt verzerrend, denn gerade die beiden Länder mit der größten islamischen Bevölkerung – Indonesien und Pakistan – weisen ein weites Spektrum islamischer Existenzformen auf, das vom engstirnigen Fanatismus über eine weltoffene Orthodoxie bis hin zu einem schwärmerischen und mystischen Gottessuchertum reicht.

Anpassungsfähigkeit des Islam

In allen muslimischen Gemeinschaften Asiens nimmt der „Volksislam“ einen festen Platz ein; er hat viele Elemente der vorislamischen Kultur und Religion seiner jeweiligen Gastregion in sich aufgenommen. In Pakistan ging dieser Anpassungsprozess so weit, dass das für den Hinduismus typische Kastensystem Eingang in den – dem Anspruch nach – egalitären Islam gefunden hat. Der Kult um islamische Heilige (pir) und die regelmäßige Pilgerfahrt zu ihren Grabstätten prägen den religiösen Alltag der breiten Bevölkerung Pakistans. Theologisch befindet sich der Islam in Pakistan in einer Spannung zwischen einer Selbstidentifizierung als Teil der arabisch-nahöstlichen „umma“ und dem Streben nach einer spezifisch pakistanisch-islamischen Identität. Die Spaltung zwischen der sunnitischen Mehrheit (ca. 80%) und der bedeutenden schiitischen Minderheit (ca. 20%) trägt zusätzlich zur Heterogenität des Islam in Pakistan bei.

Die Minangkabau in Westsumatra/Indonesien bieten ein weiteres Beispiel für die Anpassungsfähigkeit des Islam. Sie gehören zu den am frü-

hesten islamisierten Ethnien des Archipels und praktizieren trotz einer theologischen Beeinflussung durch die Salafiya-Bewegung das mütterrechtlich orientierte Erbrecht und befolgen eine an der weiblichen Erbfolge orientierte Heiratsordnung. In Java verehren Muslime die neun „wali“ – Lehrer, die den Islam in Java verbreiteten – mit einer mystischen Frömmigkeit, die der Verehrung für die „pir“ ähnlich ist. Zwar sind Indonesiens Muslime fast ausschließlich Sunniten, der Islam zerfällt aber in die großen Strömungen des Modernismus nahöstlicher Prägung und des Traditionalismus mit starken Anklängen an vorislamische Kultur und Religion. Darüber hinaus gelten nur etwa 20 bis 30 Prozent der als Muslime registrierten Indonesier als praktizierende Gläubige, die die fünf koranischen Pflichten erfüllen. Der große – insbesondere in Java beheimatete – Rest der Muslime hängt der synkretistischen Abangan-Variante an.

Der religiöse Synkretismus hat das politische Gefüge der Länder Asiens nachhaltig beeinflusst. In Pakistan müssen alle Regierungen Rücksicht auf die breite Strömung des Volksislam nehmen. Der islamistische Präsident *Zia ul-Haq* musste seinerzeit durch populäre Gesten immer wieder versuchen, die Sympathie der im Volksislam verwurzelten Bevölkerung zu gewinnen, obwohl seine Religionspolitik auf die Errichtung eines Islamstaats ausgerichtet war. Dabei kam und kommt es immer wieder zu einer politischen Instrumentalisierung politischer Symbole. Der ehemalige indonesische Präsident *Suharto* fand

einen seiner stärksten Gegner in dem Führer der traditionalistischen Massenorganisation „Nahdlatul Ulama“, Abdurrahman *Wahid*. Die größte islamische Organisation der Welt vertritt einen toleranten und frommen, in den Traditionen Javas verwurzelten Islam, der sich gegen die säkularistische Militärdiktatur zur Wehr setzte. Dem gegenüber stellen die in politischen Parteien organisierten Islamisten in beiden Ländern eine Minderheit dar. Im Parlament in Islamabad verfügen sie gegenwärtig über weniger als 5% der Sitze, in der indonesischen Volksvertretung – seit den Wahlen 1999 durch drei Parteien vertreten – über weniger als 20%.⁴

Während das Ziel eines islamischen Staates in Indonesien immer noch in weiter Ferne liegt, ergibt sich in Pakistan auf Grund der Entstehungsgeschichte eine andere Situation. In der Gründungsphase des Landes ging es um die Frage, ob die beiden im Westen und Osten abgetrennten Teile der britischen Kolonie ein Staat für (indische) Muslime würden oder ein Staat des Islam. Für die erste Option setzte sich der Staatsgründer Ali *Jinnah* ein, der Pakistan zu einem modernen Nationalstaat für muslimische Bürger machen wollte. Nach seinem Tod drängten jedoch die islamistischen „ulama“ in der verfassungspolitischen Debatte immer stärker auf die Errichtung eines Islamstaats.

Nachdem Pakistan 1956 formell zur Islamischen Republik erklärt worden war, wurde der Durchbruch zu einer Islamisierung 1973 unter dem säkularen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali *Bhutto* erzielt. In der nationalen

Identitätskrise nach der Sezession Ostpakistans/Bangladeschs wurde eine Verfassung verabschiedet, die den Islam zur Staatsreligion erklärte. Diese Entwicklung vollendete General *ul-Haq*, indem er 1985 die Scharia zur Grundlage von Gesetzgebung und Rechtsprechung erklären und Scharia-Gerichte errichten ließ. Die verbindliche Umformulierung von Rechtsnormen und ihrer Anwendung gemäß der Scharia wurde dann verstärkt seit 1998 unter Premierminister Nawaz *Sharif* umgesetzt.

Während sich Teile des Militärs in Pakistan als Sachwalter des Islam verstehen, präsentiert sich die Armee in Indonesien als Garant religiöser Neutralität. Seit der Unabhängigkeit des Landes ist die Armee in einer ideologischen Mischung aus Nationalismus und Antiislamismus allen Bestrebungen einer Islamisierung des Staates unerbittlich und mit militärischen Mitteln entgegengetreten. Diese eindeutige Ablehnung des Islamismus in Offizierskreisen hat sich jedoch seit den letzten Jahren des Suharto-Regimes verändert. Insbesondere Heeresoffiziere unterstützen nun militante islamistische Gruppen, um sie für machtpolitische Ziele zu instrumentalisieren.

Islam und Politik

So unterschiedlich die religiöse und politische Ausgangssituation in Pakistan und Indonesien ist, so vergleichbar ist die Lage der Regierungen beider Länder nach den Attentaten vom 11. September 2001 und der da-

raus folgenden Veränderung der geostrategischen Konstellation. Pervez *Musharraf* und *Megawati* Sukarnoputri müssen zwischen der innenpolitischen Skylla einer islamistischen Opposition, die ihre Legitimität in Frage stellt, und der außenpolitischen Charibdis einer internationalen antiterroristischen Solidarität mit den daran geknüpften finanziellen Gegenleistungen navigieren. Beide Länder geraten dadurch in eine Zerreißprobe, die ihre Stabilität schon mittelfristig gefährden könnte.

Indonesien

Die amerikanische Asien-Politik – auf eine Eindämmung des chinesischen Einflusses in Asien bedacht – hatte Indonesien, dem größten Land Südostasiens, bereits vor den Attentaten eine strategische Schlüsselrolle zugewiesen. *Megawati* war die erste Führerin eines muslimischen Staates, die nach den Attentaten mit dem amerikanischen Präsidenten zusammentraf und ihre Unterstützung im „Kampf gegen den Terrorismus“ zusichern konnte. Innenpolitisch geriet sie mit dieser Zusage unter starken Rechtfertigungsdruck. So wollte ihr Stellvertreter Hamzah *Haz*, Vorsitzender der islamischen Vereinigten Entwicklungspartei (PPP), in den Attentaten auch einen Hinweis an die USA hinsichtlich ihrer verfehlten Politik sehen.

In der innenpolitischen Auseinandersetzung scheinen radikale islamistische Gruppen den Diskurs zu bestimmen, weil sie sich besonders lautstark zu Wort melden. Ihre Demonstrationen in Jakarta sind mit einigen

Tausend Teilnehmern aber unbedeutend und nicht repräsentativ für die Stimmung der breiten Bevölkerung. Der Ruf nach Abbruch der Beziehungen zu den USA ist politische Rhetorik, ohne Echo in der Exekutive. Die antiamerikanischen Slogans greifen hauptsächlich die weit verbreitete Unzufriedenheit und Kritik an der fragwürdigen Sanierungspolitik von IWF und Weltbank auf. Wichtig sind die kleinen militanten islamistischen Gruppen trotzdem, da sie enge Verbindungen zu Teilen des Militärs und Mitgliedern der ehemaligen Suharto-Bürokratie unterhalten. Die bekannteste unter ihnen, Laskar Dschihad, erhält logistische, finanzielle und Ausbildungshilfe des Heeres und wurde erstmals Anfang 2000 in den Konflikten in Ambon und den Nordmolukken eingesetzt. Daraus entwickelte sich einer der folgenreichsten Regionalkonflikte Indonesiens.

Seither haben islamistische Gruppen und Milizen eine unheilvolle Rolle bei der Unterminierung des staatlichen Gewaltmonopols gespielt. Laskar Dschihad ist, ähnlich den Taliban und der Hamas in Palästina, ein Geschöpf des Sicherheitsapparats, der mit Hilfe militanter, islamistischer Gruppen politische Ziele verfolgt. Das islamische Etikett wird als nützliches Attribut zum Nachteil der muslimischen Gemeinde politisch missbraucht.

Pakistan

In Pakistan setzte der Präsident mit seinem eindeutigen Bekenntnis zur Antiterrorstrategie der USA gegen den Nachbarn Afghanistan und die

regierenden Taliban seine Regierung einer Zerreißprobe aus. Zwar konnte er damit die lange Isolierung seines Landes überwinden und internationale Finanzhilfen sicherstellen. Diese Haltung bot aber islamistischen Gruppen und Verbündeten der Taliban eine offene Angriffsflanke. Innenpolitisch schafft die Allianz mit den Vereinigten Staaten zunächst mehr Probleme, als sie lösen kann. Das betrifft die langjährigen Beziehungen und Interessen des pakistanischen Militärs in Afghanistan ebenso wie den schwelenden Konflikt um Kaschmir, der in den vergangenen Monaten erneut eskalierte.

Da weder die Lösung des Kaschmir-Konflikts noch die dauerhafte Allianz mit Pakistan langfristige strategische Ziele der Vereinigten Staaten sind, wird sich erst erweisen müssen, ob die internationale Unterstützung für *Musharraf* in Art und Umfang eine ausreichende Antwort auf die innenpolitischen Herausforderungen sein kann. *Musharraf* selbst lässt, wie seine Rede vom 12. Januar 2002 zeigt, keinen Zweifel an seiner Lösungsstrategie.⁵ Im Grundsatz kommt er auf die schon von *Jinnah* befürwortete Option eines pakistanischen nationalen Einheitsstaats mit religiösem Pluralismus zurück und wendet sich damit von der islamistisch geprägten Ideologie seiner Vorgänger ab. Konkret geht es ihm dabei um die Eindämmung von kommunalistischer Gewalt und um die Errichtung bzw. Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols. Auch damit provoziert er den Widerstand jener islamistischen Kräfte, die einen Verlust der politischen Errun-

genschaften der letzten 50 Jahre befürchten.

Missbrauch von Religion

Die islamistischen Bewegungen in Pakistan und Indonesien sind innenpolitische Phänomene, die aus der spezifischen Situation ihrer Länder entstanden sind und deren politische Stoßrichtung nach innen gerichtet ist. Die den militant-islamistischen Gruppen in Südostasien nachgesagten internationalen Beziehungen zum Netzwerk der *Al Khaida*⁶ sind jüngeren Ursprungs und bisher kaum stichhaltig belegt.⁷

Die innenpolitische Handlungsfähigkeit und Stabilität der Regierungen Pakistans und Indonesiens in der weiteren Auseinandersetzung mit islamistischen Oppositionsgruppen hängt von der Glaubwürdigkeit der vom Westen und vor allem von den USA gesetzten politischen und moralischen Maßstäbe ab. Ein opportunistisches Lavieren zwischen Bestrafung und Unterstützung der Regierungen muslimischer Länder führt zu Misstrauen und Entfremdung. Islamistischen Gruppen und der politischen Opposition stößt diese Doppelzüngigkeit bitter auf, die den Legitimitätsanspruch dieser Regierungen beschädigt und destabilisiert.

Eine weitere Konsequenz ist die pauschale Verdächtigung von Islamisten als Terroristen. Unter dem Vorwand einer internationalen Strategie gegen den Terrorismus wird in den Ländern Asiens der militärische und

polizeiliche Druck auf politische, kulturelle und ethnische Minderheiten verstärkt. Dies gilt für China genauso wie für Indonesien. Die indonesische Armee – ermutigt durch das allgemeine politische Klima – sucht in der Auseinandersetzung mit der Befreiungsbewegung „Free Aceh Movement“ (GAM) in der Provinz Aceh wieder offensiv eine militärische Lösung des Konflikts.

Die Ankündigung, der Führer der Laskar Dschihad wolle Aceh besuchen, wird von dortigen Beobachtern als der Versuch des Militärs gewertet, den Kampf der GAM durch eine Assoziierung mit dieser militanten Gruppe und ihren angeblichen Verbindungen zu Al Khaida zu diskreditieren. Der Islam wird hier als ein politisches Instrument in einem Konflikt benutzt, in dem es nicht um Religion und Glaube, sondern um politische Macht und ökonomische Ressourcen geht.

Die internationale Strategie gegen den Terrorismus wird für eine nationalistische Politik und die Unterdrückung von Oppositionsbewegungen missbraucht. Dabei führt internationale militärische und polizeiliche Zusammenarbeit zu einer Stärkung des Sicherheitsansatzes in den betroffenen Ländern, der in aller Regel mit der Verletzung der Menschenrechte einhergeht und die Position des Militärs stärkt. In vielen Ländern stellen die Streitkräfte aber ein wesentliches Hindernis für eine Demokratisierung dar. Letztlich werden damit politische und ökonomische Strukturen stabilisiert, durch die ein Klima für eine islamistische Opposition und Militanz gerade erst geschaffen wird. Die islamischen Gemeinschaften dieser Länder Asiens befinden sich im Spannungsfeld zwischen dem politischen Missbrauch ihrer Religion und ihrer eigenen ernsthaften Suche nach einer gerechten und islamisch verantworteten Gesellschaft.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Final Communiqué of the Ninth Extraordinary Session of the Islamic Conference of Foreign Ministers, Doha, 23 Rajab 1422, (10.10.2001), über: <<http://www.oic-oci.org/>>. Siehe auch die Erklärung von 150 muslimischen Gelehrten und Theologen, Jakarta, 22.12.2001: Muslim leaders urge a just and peaceful world, in: *The Jakarta Post*, 23.12.2001.
- ² Zur Definition von Dschihad siehe die Rede von Pervez Musharraf vom 12.1.2002, in: *Internationale Politik*, 2/2002, S. 118–125.
- ³ Zahlen nach Peter Heine, Das Verbreitungsgebiet der islamischen Religion: Zahlen und Informationen zur Gegenwart, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in*

der Gegenwart, 4. überarb. Aufl., München 1996, S. 129–148, hier S. 147 f.

- ⁴ Bei der ersten freien Wahl in Indonesien 1955 hatte der Stimmenanteil der islamistischen Parteien noch 45,5% betragen. Vgl. Schreiner, Mehrheit mit Minderwertigkeitskomplex? – Der Islam in Indonesien, in: ders. (Hrsg.), *Islam in Asien*, Unkel 2001, S.157–179, hier S. 167.
- ⁵ Vgl. Musharraf, a.a.O. (Anm. 2).
- ⁶ Vgl. etwa den Artikel: Gottesstaat geplant – al Qaida in Südostasien aktiv, in: *Stuttgarter Zeitung*, 26.1.2001.
- ⁷ Vgl. Indonesia: The Search for Peace in Maluku, International Crisis Group (ICG), Asia Report, Nr. 31, Brüssel, 8.2.2002, S. i.